



Protokollauszug zum MOBILITÄTS- UND UMWELTAUSSCHUSS

am Donnerstag, 22.06.2023, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 **Polizeiliche Kriminal- und Unfallstatistik - mündlicher Bericht**

Beratungsverlauf:

BM **Manni** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Vor Eintritt in die Tagesordnung setzt er Tagesordnungspunkt 6 und zu Tagesordnungspunkt 8 die Vorlage Nummer 133/23 ab. Nachdem es zur Tagesordnung keine weiteren Änderungen gibt, ruft er Tagesordnungspunkt 1 auf.

Der **Leiter** des Polizeireviers Ludwigsburg stellt die Kriminal- und Unfallstatistik anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, vor. Erwartungsgemäß bewege sich die Anzahl der Straftaten wie in den Jahren vor Corona. Eine deutliche Zunahme gebe es bei strafunmündigen Tatverdächtigen unter 14 Jahren, insbesondere beim Umgang mit Medien. Hier sei Polizei und Lehrerschaft, vor allem aber die Elternschaft in der Verantwortung. Messerangriffe werden erst seit wenigen Jahren statistisch erfasst. Unter 01 werde in der Statistik der Unfallverursacher geführt. Viele Unfälle mit Radfahrern seien selbst verursacht worden. Im Stadtgebiet gebe es keine Unfallschwerpunkte, nur Unfallhäufungen sowie Parkrempler auf größeren Parkplätzen.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache. Kriminalität im digitalen Raum bei Jugendlichen und Kindern sowie das Thema Radfahrende und deren Verhalten seien hervorzuheben. Die Stadt wolle für gegenseitige Rücksichtnahme werben.

Stadtrat **Handel** dankt für den Vortrag und fragt nach den Handlungsempfehlungen sowie weiterer Informationen zur Zusammenarbeit und dem Gefüge mit dem Landkreis sowie den Arbeitsgruppen. Er will wissen, wie der Gemeinderat einwirken könne. Leider konnte man sich in der Fraktionsitzung nicht beraten, da die Präsentation spät eingegangen sei. Eine persönliche Vorstellung des Polizeipräsidenten im Gremium werde gewünscht. Auffallend sei der Anstieg der Jugendkriminalität, vor allem bei den nicht Strafmündigen. Er habe das Gefühl, dass sich die Bevölkerung am Bahnhof, wie auch in der Stadt unwohl fühle. Hier wünscht er mehr Präsenz der Polizei. Für die Radfahrenden wünscht er mehr Aufklärungsarbeit vor Ort und lobt die Beleuchtungskampagne vor dem Forum.

Stadtrat **Herrmann** dankt auch für den Bericht und fragt, in welchen Deliktsbereich die Klimakleber fallen. Die Präsentation vorab sei für die Vorbereitung in der Fraktionsitzung gut. Er dankt für die Arbeit der Polizei, insbesondere die Präventionsarbeit. Deutlich weist er darauf hin, dass man noch unter dem Niveau vor der Pandemie liege. Ludwigsburg sei eine sichere Stadt, auch im Vergleich zu den Jahren 2014 bis 2016.

Am Bahnhof sei die objektive von der subjektiven Gefährdung zu unterscheiden, meint Stadtrat **Zeltwanger**. Der Bahnhof, als Stadteingang, solle eine bessere Qualität erhalten und mehr belebt

TOP 1 Polizeiliche Kriminal- und Unfallstatistik - mündlicher Bericht

werden, um die gefühlte Atmosphäre zu verbessern. Er dankt für die Arbeit. Sicherheitstechnisch stehe Ludwigsburg gut da.

Man habe die Polizeiposten in den Stadtteilen zurückgebaut und damit auch die Präsenz, meint Stadträtin **Liepins**. Sie dankt für die tägliche Arbeit. Sie fragt nach der Zusammenarbeit zwischen KOD und Polizei. Die Zunahme im U-14-Bereich sei dramatisch. Eine Häufung der Radunfälle sei zu erwarten gewesen. Die Verkehrsteilnehmer müssen mehr aufeinander achten. Sie fragt nach auffälligen Unfallschwerpunkten an Straßenkreuzungen.

Tendenziell sei man auf einem guten Weg, meint Stadtrat **Müller**. Er fragt, welchem Feld die Internetkriminalität mit den Bereichen Betrug, Hassmails und Pornografie zugeordnet und ob dies in Ludwigsburg registriert werde. Weiter geht er auf das Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum, vor allem im Bahnhofsumfeld, ein. Der ÖPNV werde dann auch besser angenommen, wenn die Bevölkerung sich dort sicher fühle. Er fragt nach dem Stand zur Bewerbung zum Sicherheitskonzept innovativ vernetzter Sicherheitslösung. Eine gute Beleuchtung und Belebung im Bahnhofsumfeld trage zum Sicherheitsgefühl bei. Die Polizei müsse als Autorität anerkannt werden. Dies kann nur erfolgen, wenn die Handlungen der Polizei nicht von Vorurteilen geprägt seien und gegenseitiger Respekt sei notwendig. Er fragt, ob die Verkehrsunfälle aufgrund fehlender Verkehrstüchtigkeit durch Drogen und Alkohol entstanden seien.

Die Präventionsarbeit sei gut, meint Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit**. Dies müsse jedoch auch dringend von den Schulen gebucht und die Eltern einbezogen werden. Weiter geht sie auf die Schockanrufe ein. Zudem spricht sie Drückerbanden von kriminellen Vereinigungen und ein aggressives Betteln an. Dies schade ebenso dem Stadtbild.

Eine gewerbsmäßige Bettelerei sei nicht zulässig, so der **Leiter** des Fachbereiches Sicherheit und Ordnung. Eine Abschöpfung erfolge bis zu einem Betrag von 10 Euro. Die Hintermänner seien schwer erreichbar. Für den intensiven Austausch mit der Polizei gebe es sehr gute Formate. Die im Stellenplan vorgesehene 50%-Stelle für kommunale Kriminalprävention werde im September besetzt. Eine Befragung am Bahnhof habe ergeben, dass die subjektive Sicherheit vor allem nachts nicht positiv sei. Man versuche über Sauberkeit, Beleuchtung und Aufenthaltsqualität das Gefühl zu verbessern. Die letzte Förderstufe sei bei der Bewerbung um das Sicherheitskonzept nicht erreicht worden. Die Ergebnisse seien dennoch hilfreich und werden fortgeführt.

Der **Leiter** des Polizeireviers Ludwigsburg dankt für das Feedback. Er entschuldigt sich für die späte Zusendung der Präsentation. Dies sei auch der Vorbereitung des anstehenden Staatsbesuches geschuldet. Er geht auf die offenen Fragen ein. Eine Vorstellung des Polizeipräsidenten, zuständig für die Landkreise Ludwigsburg und Böblingen, im Gremium sei nicht üblich und werde durch ihn als Revierleiter übernommen. Am Bahnhof gebe es mehrere Initiativen und Umgestaltungsmöglichkeiten. Hier sei die Polizei involviert und stehe beratend zur Seite. Zwischen Stadt und Polizei sowie Landkreisebene gebe es umfangreiche Gremien und Arbeitsgruppen. Weiter

geht er auf die Radunfälle ein. Bereits in der Grundschule gebe es Fahrradprüfungen. Die Landespolizei könne die Stadt wenig finanziell unterstützen und Einfluss nehmen. Man habe eine gute Zusammenarbeit mit der Stadt, betont er. Der KOD sei eine sehr gute Unterstützung. Die Klimakleber erfüllen mehrere Tatbestände, wie Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, Widerstand gegen Beamte und Nötigung gegenüber Autofahrenden. An den Straßenkreuzungen gebe keine Unfallschwerpunkte. Die Betrugsdelikte aus dem Internet, wie auch Auslandstraftaten können in der Statistik nicht immer aufgeführt werden. Unter Verkehrsuntüchtigkeit fallen Drogen, Alkohol, wie auch körperliche und seelische oder charakterliche Einschränkungen. Schockanrufe gehören zu den Betrugsdelikten und Trickbetrug. Die Dunkelziffer sei sehr hoch. Man versuche bestmöglich zu informieren. Die Begleitung an

TOP 1 **Polizeiliche Kriminal- und Unfallstatistik**
- mündlicher Bericht

Schulen und Elternabenden sei im Revier personell mit einer Stelle besetzt. Man müsse bei der Personaleinteilung Schwerpunkte setzen.

BM **Manni** dankt für die gute Zusammenarbeit.

TOP 2 **Änderung der Parkgebührensatzung**
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 108/23

Beschlussempfehlung:

Die Parkgebührensatzung der Stadt Ludwigsburg (Fassung vom 28.07.2021) wird entsprechend der als Anlage 1 beigefügten Parkgebührensatzung geändert.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Dr. Knecht

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

BM **Manni** führt in das Thema ein. Nachdem die Parkraumbewirtschaftung beschlossen wurde, müsse jetzt die Satzung angepasst werden.

Der **stellvertretende Leiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität geht auf die Vorlage anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, ein. Die Anpassung der Satzung sei aufgrund der Parkraumbewirtschaftung und redaktioneller Änderungen sowie die Einarbeitung des Themenfeldes E-Mobilität notwendig.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache.

Auch E-Autos benötigen öffentliche Flächen und sollen nicht gratis parken, merkt Stadträtin **Dr. Knoß** an und wird der Vorlage zustimmen. Sie habe festgestellt, dass in der Präsentation eine veraltete Folie eingearbeitet sei, die Gegend Christophstraße in der Weststadt gehöre jetzt zum Bereich 3. Im Textteil der Satzung stehe es richtig. An der Reuteallee und im Bereich des Favoriteparks weist sie auf die lange Parkierungszeit von Wohnwagen, LKW und Anhängern hin. Eglosheim-West müsse schnell ebenso umgesetzt werden.

TOP 1 Polizeiliche Kriminal- und Unfallstatistik - mündlicher Bericht

Der **stellvertretende Leiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität bestätigt den Hinweis zur Weststadt.

Seine Fraktion werde mehrheitlich zustimmen, meint Stadtrat **Klotz**. Vor allem zu Punkt 2 gebe es unterschiedliche Meinungen. Es gebe keine plausible Erklärung, warum E-Fahrzeuge weiterhin kostenlos parken dürfen, dies sei als Anschubfinanzierung gedacht gewesen. Zudem erhalte man hieraus erhebliche Einnahmen. Er fragt nach der Beschilderung zur Parkscheibenregelung. Weiter will er wissen, ob eine Satzung weiterhin ausreiche oder eine Rechtsverordnung notwendig sei.

Stadtrat **Raasch** befürchtet eine Verschiebung nach Eglosheim-West und wünscht eine zeitnahe Ausweitung, auch im ganzen Stadtgebiet. Er will wissen, ob dem KOD genügend Personal zur Überwachung zur Verfügung stehe. Ein Anwohnerparkausweis kann nur mit Erstwohnsitz ausgestellt werden. Hierfür solle an der Hochschule geworben werden. Er fragt, ob die Vereinbarung zum kostenlosen Parken der E-Roller mit dem Anbieter bereits geschlossen worden sei.

Stadträtin **Liepins** wird der Vorlage zustimmen. Der Stadtteilausschuss befürworte diese Änderung. Die westliche Ausweitung solle ebenso mit dem Stadtteilausschuss diskutiert werden. Die Parkscheibenregelung finde sie gut. Sie fragt, ob künftig eine Rechtsverordnung notwendig sei.

Stadtrat **Müller** wird der Vorlage zustimmen. Die Parkscheibe finde er jedoch im Vergleich zur Weststadt kritisch. Er spricht die Kosten für die Automaten an. Das Parken im öffentlichen Bereich solle möglichst reduziert werden und die Einnahmequelle nicht im Vordergrund stehen.

Stadträtin **Seyfang** fragt, ob für den privaten E-Roller ein Parkschein benötigt werde.

Man wolle einen Schilderwald vermeiden und nur die Eingangsstraßen beschildern, so der **stellvertretende Leiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität. Im letzten Jahr seien für die Kontrolle entsprechende Personalstellen beschlossen worden. Man stehe im engen Austausch mit dem Fachbereich. Anfangs werde man auf ein Fehlverhalten hinweisen und keinen Strafzettel

ausstellen. Diese Satzung sei vom Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zum Bewohnerparken nicht betroffen. Hierfür gebe es eine separate Satzung. Für einen Bewohnerparkausweis werde ein Erstwohnsitz vorausgesetzt. Dies werde entsprechend mit den Hochschulen kommuniziert. Mit dem Stadtteilausschuss stehe man im Austausch. Eine Vereinbarung mit dem E-Rolleranbieter zum kostenlosen Parken sei bereits geschlossen. Ein ausgewiesener Motorradstellplatz sei ebenso kostenpflichtig und der Bewohnerparkausweis müsse sicher am Motorrad befestigt werden.

Die Weststadt habe durch diese Regelung keine Nachteile, fügt der **Leiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität hinzu. Der Verdrängungseffekt könne mit den Parkscheiben besser geregelt werden. Private E-Roller brauchen einen Parkschein, die Ausnahme gelte nur für das Verleihsystem.

Nach dieser Aussprache lässt BM **Manni** über die Vorlage abstimmen. In jeder Zone gebe es bereits gewachsene Strukturen.

TOP 3 **Fußgängerquerung Bauhofstraße** **- mündlicher Bericht**

Beratungsverlauf:

Die **stellvertretende Leiterin** des Fachbereiches Stadtplanung und Vermessung sowie eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität berichten anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Mit dieser kleinen Maßnahme könne man eine große Verbesserung erzielen.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Handel** freut sich über die sinnvolle Ausarbeitung.

Stadtrat **Klotz** gefällt die gute Planung. Auf die Fahrsituation über den Kreisverkehr, auch für die zweite Parkhaus-Zufahrt, solle durch ein Schild hingewiesen werden.

Stadtrat **Zeltwanger** hätte sich vor einer Umgestaltung mehr Daten zu den Verkehrsströmen, die Frequenz der Zu- und Abfahrten sowie Aufstellflächen gewünscht und findet die Planungen nicht gut. Er befürchtet, dass sich die Autofahrer dann noch mehr aufstauen werden. Weiter geht er auf die Fußgängerwegebeziehung ein und bezweifelt, dass die neue Führung von Fußgängern genutzt werde, weil diese erfahrungsgemäß den kürzesten Weg über die Kreuzung wählen. Zudem fragt er, wie sich diese Maßnahme auf die CO₂-Bilanz auswirke. Er befürchte in der Praxis, zu Spitzenzeiten, Rückstau und eine negative Auswirkung. Der Stadtteilausschuss solle eingebunden werden.

Die Fußgängerquerung liege ungünstig an einer breiten Stelle, meint Stadträtin **Liepins**. Sie fragt, warum das Parkhaus zwei Einfahrten brauche.

Stadtrat **Müller** begrüßt die Maßnahme. Die Strukturen seien damit klarer. Er fragt, ob die Parkplätze in das Parkleitsystem eingebunden seien.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** fragt nach dem Zeitplan der Umsetzung.

Die zweite Zufahrt solle bei Überfüllung des ersten Parkhauses angesteuert werden, so die **stellvertretende Leiterin** des Fachbereiches Stadtplanung und Vermessung. Im zweiten Parkhaus befinden sich auch Bewohnerparkplätze. Die vorgestellte Lösung sei mit dem Center-Management abgestimmt. Die Bewohner seien ebenso informiert. Die Aufstellspur ermögliche eine Verbesserung für die Zufahrt und werde durch Signale eindeutig geregelt. Die Linksabbiegespur sei häufig regelwidrig, entgegen der Fahrrichtung, benutzt worden.

Stadtrat **Raasch** befürchtet in der Praxis ein regelwidriges Verhalten und Streitigkeiten unter den Autofahrenden.

Die Fußwegebeziehung sei so sinnvoll, eine Querung der Straße direkt im Kreuzungsbereich wäre unübersichtlich und gefährlich, merkt eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität an. Aufgrund der Berücksichtigung der Schleppkurven sei der Fußgängerüberweg an einer anderen Stelle nicht möglich. Die Zufahrtsituation für die Parkhäuser sei unverändert. Die Linksabbiegespur werde bisher nicht benötigt und Verkehrszahlen seien für diese Umbaumaßnahme nicht relevant. Ein Linksabbiegen sei weiterhin möglich. Die Anwohner seien informiert, mit dem Center Management stehe man in enger Absprache. Die Anmerkung zu einem Hinweisschild werde mitgenommen. Der Umbau solle zeitnah in den kommenden Sommerferien erfolgen.

TOP 3 **Fußgängerquerung Bauhofstraße**
- mündlicher Bericht

Daten zu den Belegungszahlen des Parkhauses und zu den Verkehrsströmen werden nachgereicht, merkt BM **Manni** auf Wunsch von Stadtrat Zeltwanger an.

TOP 4 **Busschleuse Schorndorfer Straße/Oststraße**
- mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

BM **Manni** ruft Tagesordnungspunkt 4 auf.

Zur Verbesserung des ÖPNV berichtet eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache.

Diese kleine Maßnahme bringe eine Verbesserung, meint Stadträtin **Dr. Knoß**. Die Umlaufzeit der Buslinie 426 müsse überdacht werden, da diese oft entfalle. Eine Verbesserung werde auch nach

dem Schillerdurchlass an der Hoferstraße gewünscht, so dass der Bus nicht die Schlachthofstraße befahren müsse.

Stadträtin **Seyfang** geht auf die Bus-Rad-Spur ein und befürchtet einen Unfallschwerpunkt. Rad und Bus müssen auf der gleichen Spur an der Haltestelle vorbeifahren.

Die Baumaßnahme bringe nur wenige Sekunden Zeitersparnis, meint Stadtrat **Raasch** und hinterfragt die Notwendigkeit.

Stadtrat **Maier** sieht die Maßnahme positiv und hierin einen verkehrlichen Mehrwert.

Stadtrat **Müller** fragt, wann die Haltestelle Alter-Oßweiler-Weg umgebaut werde. Weiter will er wissen, wo die Ersatzhaltestelle während der Bauphase geplant sei und merkt an, dass derzeit in diesem Bereich eine private Baustelle eingerichtet sei. Zudem müsse dies mit der LVL kommuniziert und die digitale Fahrgastinformation angepasst werden. Stadtauswärts sei die Verkehrsführung nicht eindeutig, meint er.

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität geht auf die Stadtauswärtssituation ein. Wenn der Bus an der Haltestelle stehe, müssen die Kfz dahinter warten, auch an der roten Ampel. Hinsichtlich der DFI (digitale Fahrgast Information) stehe man mit der LVL und VVS in Kontakt. Der Standpunkt der Ersatzhaltestelle stehe noch nicht fest. Die Anmerkung zur privaten Baustelle werde mitgenommen, wie auch die Frage zum Umbau der Haltestelle Alter Oßweiler Weg.

Der **Leiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität teilt mit, dass die Fahrradsituation unverändert bleibe. Jede eingesparte Sekunde verbessere und stabilisiere den Gesamtumlauf der Busse und diene der Beschleunigung.

BM **Mannl** dankt für die Rückmeldungen und nimmt den positiven Gesamteindruck mit. Die Haltestellen müssen hauptsächlich aufgrund der Barrierefreiheit umgebaut werden.

TOP 5 **Sperrung Wilhelmstraße für den motorisierten Individualverkehr** **- mündlicher Bericht**

Beratungsverlauf:

Der **Leiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität geht auf den Antrag der SPD-Fraktion vom 12.11.2022 und die Stellungnahme der Verwaltung, die dieser Niederschrift beiliegt, ein. Die Verwaltung stehe grundsätzlich diesem Thema aufgeschlossen gegenüber, jedoch nicht in diesem Jahr.

BM **Mannl** eröffnet die Aussprache und erteilt der Antragstellerin das Wort.

Stadträtin **Liepins** geht auf den Antrag ein. Versuche und Testläufe um die Wilhelmstraße für den Individualverkehr zu sperren, solle vorwiegend in den Abend- und Nachtstunden sein. Die Verwaltung habe das Problem und den Prüfauftrag verstanden und sie sieht den Antrag als erledigt an. Im Sommer des kommenden Jahres werde ein mehrwöchiger Testlauf gewünscht, in zeitlicher Verbindung mit anderen Projekten. Der Hinweis der Verwaltung zum Kontrollaufwand könne sie nachvollziehen. Aufgrund der Testphase zum Kreisverkehr an der Sternkreuzung solle in diesem Jahr

davon abgesehen werden.

Verkehr aus der Innenstadt rauszunehmen sei im Sinne Ihrer Fraktion, so Stadträtin **Dr. Knoß**. Aufgrund der Enge sei dies jedoch an der Ecke Mathildenstraße notwendiger. Eine andere Verkehrsführung und umgedrehte Einbahnstraßenregelung in der Solitudestraße sei dringend notwendig. Der Versuch in der Wilhelmstraße sei interessant, jedoch eine Kontrolle schwierig. Der Verkehr schade der Aufenthaltsqualität enorm. Sie stehe der Idee aufgeschlossen gegenüber. Viele fahren aus Gewohnheit durch die Wilhelmstraße.

Autos tragen zur sozialen Kontrolle in der Innenstadt bei, merkt Stadtrat **Herrmann** an. Man wolle keine autofreie Innenstadt. Eine Pop-up-Maßnahme auf der Wilhelmstraße werde zudem nicht gewünscht. Die Wilhelmstraße werde niemals eine Flaniermeile, da die Busse weiterhin fahren und er wolle keine willkürlichen Sperrungen. Er befürchtet dadurch auch vermehrt Ausweichverkehr. Der Rathaushof sei für Pop-up-Maßnahmen ein guter Alternativstandort. Die jeweiligen Maßnahmen sollen im Gremium beraten werden. Die Poser-Problematik müsse generell gelöst werden.

Stadtrat **Raasch** schließt sich dem Vorredner an.

Die Beruhigung bringe auch den Bussen einen Vorteil und man habe mehr Platz für Radfahrer, meint Stadtrat **Müller** und begrüßt die Idee. Die Wilhelmstraße werde als Zufahrt für einen Parkring nicht gebraucht.

Man müsse seinen Horizont erweitern und sich in anderen Städten umschaun, merkt Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** an. Der Autoverkehr störe auch tagsüber und wirke sich negativ auf die Aufenthaltsqualität aus. Die Beruhigung werde nicht nur abends gewollt. Viele Fußgänger seien tagsüber in der Stadt unterwegs. Die Wilhelmstraße schneide zudem die Seestraße von der Stadtmitte ab.

Durch ihre lange politische Erfahrung habe sie gelernt, dass man Schritt für Schritt vorgehen müsse, um eine Mehrheit zu bekommen, so Stadträtin **Liepins**. Dies sei beim autofreien Marktplatz und bei der Sperrung der Seestraße auch so gewesen.

BM **Manni** teilt mit, dass eine Vorlage zur Attraktivierung der Wilhelmstraße eventuell im kommenden Jahr vorgelegt werde.

TOP 5.1

**Wilhelmsstraße
- Haushaltsantrag der SPD-Fraktion vom
12.11.2022**

Vorl.Nr. 413/22

Beratungsverlauf:

Mit der heutigen Beratung sieht Stadträtin **Liepins** den Antrag ihrer Fraktion als erledigt an.

TOP 6

Ersatzbau Elmar-Doch-Brücke

Vorl.Nr. 325/22

(Vorberatung)

Beratungsverlauf:

BM **Manni** setzt vor Eintritt in die Tagesordnung diesen Tagordnungspunkt ab.

TOP 7

**Sanierung Goethestraße/Goetheplatz
– Entwurfsbeschluss –**

Vorl.Nr. 145/23

Beratungsverlauf:

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität geht anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf die Vorlage ein.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache. Im Rahmen der Anliegerinformation sei man auf die Thematik der Müllabholung hingewiesen worden. Hierzu werde eine Lösung gesucht.

Stadträtin **Dr. Knoß** lobt die Anliegerinformation. Die Gehwege mit einer Breite von 1,50m sollen besser entfernt werden, sofern es keinen Platz für breitere Gehwege gebe. Sie hofft auf eine Steigerung der Lebensqualität in diesem Bereich und wird dem Verwaltungsvorschlag zustimmen.

Der Plan sei gut und wünschenswert, so Stadtrat **Herrmann**. Er sieht hierin jedoch einen möglichen Einsparvorschlag und geht auf die Haushaltssituation ein. Die Maßnahme sei nicht zwingend notwendig und könne zurückgestellt werden. In diesem Wohngebiet gebe es wenig Verkehr und es sei keine Durchgangs- oder Erschließungsstraße. Er fragt, ob Leerrohre für die Fernwärme mitgedacht werden. Seine Fraktion werde nicht zustimmen.

Stadtrat **Raasch** fragt nach den Planungen zum Fernwärmeanschluss für dieses Gebiet. Solange dies nicht geklärt sei, könne er nicht zustimmen. Die Anzahl der Parkplätze sei wegen der Enge gewagt. Weiter geht er auf die Erhaltungssatzung ein und fragt, ob die Maßnahme, insbesondere zum Kopfsteinpflaster, damit konform sei.

Angesichts der Haushaltsdiskussionen könne sie auch nicht zustimmen, auch wenn die Planungen gut seien, merkt Stadträtin **Liepins** an. Die Wohngegend sei schön, ruhig und ohne Durchgangsverkehr. Sie fragt, welche Leitungen verlegt werden. Man solle bei den

TOP 7

**Sanierung Goethestraße/Goetheplatz
– Entwurfsbeschluss –**

Vorl.Nr. 145/23

Straßensanierungsmaßnahmen nicht immer den Stadtwerken folgen und eigene Prioritäten setzen.

Für die Bewertung der Maßnahme sei die Fernwärmestrategie und die Kriterien der Stadtwerke

sowie die Perspektive in den nächsten Jahren wichtig, meint Stadtrat **Müller**, ansonsten begrüße er diese Maßnahme. Die Gestaltung der Beleuchtung liege in der Zuständigkeit der Stadtwerke.

Das Leitungssystem für Gas und Wasser müsse von den Stadtwerken jetzt getauscht werden, merkt BM **Manni** an. Zudem gebe es keine Erdverkabelung und auch die Beleuchtung müsse ausgetauscht werden. In diesem Zusammenhang wolle man diese Maßnahme aus dem Belagsprogramm machen. Diese helfe auch in der Unterhaltung, bei der Entwässerung sowie zur Barrierefreiheit, die momentan nicht gegeben sei.

Stadtrat **Maier** sieht die Maßnahme aufgrund der Haushaltssituation ebenso kritisch. Er fragt, wie hoch die Sanierungskosten, ohne den Anteil der Stadtwerke, seien.

Die Maßnahme sei sinnvoll, da bei Frost der Belag aufplatzen könnte, meint Stadtrat **Handel**.

Die Stadtwerke seien in den Abstimmungsprozess einbezogen, so eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität. Momentan sei Fernwärme nicht angedacht. Die Stadtwerke haben ein eigenes Interesse daran, ihre Leitungsarbeiten zu bündeln. Der Ursprungszustand der Straße müsse nach den Leitungsarbeiten wieder hergestellt werden und in diesem Zuge wolle man eine Verbesserung schaffen.

Die Fernwärmeleitungen können nicht in Leerrohre eingezogen werden, da sie eine eigene Schutzhülle mit Wärmedämmung haben und eine Ausdehnung gewährleisten muss, ergänzt die **Leiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen. Fernwärme amortisiere sich nur, wenn es viele Abnehmer auf einer kurzen Strecke gebe. Das Preis-/ Leistungsverhältnis sei am Goetheplatz nicht gegeben.

Die Fragen zur Fernwärmestrategie und zur Kostenverteilung werden geklärt, so BM **Manni** und vertagt die Beschlussfassung auf die nächste Sitzung des Mobilitäts- und Umweltausschusses.

TOP 8

Fuchshof - Neuordnung und Entwicklung der Sportflächen im Sportpark Ost

Beratungsverlauf:

Siehe TOP 8.1

TOP 8.1

Fuchshof - Neuordnung und Entwicklung der

Vorl.Nr. 137/23

Sportflächen im Sportpark Ost - Entwurfs- und Baubeschluss Großspielfeld Sportpark Ost

Beratungsverlauf:

BM **Manni** führt in das Thema ein. Das Großspielfeld habe sich aus dem SKS-Areal in Oßweil entwickelt, um eine Alternative für die Oßweiler zu schaffen. Dort müssen Flächen für die weitere Entwicklung, insbesondere für eine Kita, freigemacht werden. Heute werde die Vorlage Nr. 137/23 aufgerufen. Lediglich die Vorlage Nr. 133/23 zum Skatepark werde heute nicht beraten.

Man habe das letzte noch fehlende Grundstück erworben, eine ausgereifte Planung erstellt, die Parkflächen definiert und im September werden die Grabungen auf dem römischen Gutshof, der auf dem Gelände liegt, angefangen, so die **Leiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen. Um das SKS-Areal angehen zu können, müsse das neue Spielfeld angeboten werden.

Das Projekt solle geschoben werden meint Stadtrat **Handel** und betont, dass die Stadt zum Sparen aufgerufen habe. Zudem störe ihn grundsätzlich der negative CO₂-Abdruck eines Kunstrasenplatzes und der versiegelte Bereich. Seine Fraktion werde sich heute enthalten.

In den Fraktionen konnte nicht beraten werden, kritisierte Stadtrat **Klotz** stellvertretend für alle. Zudem erhielt man die Information, dass der Tagesordnungspunkt abgesetzt werde. Heute solle nur ein Meinungsbild eingeholt und nicht abgestimmt werden. In seiner Fraktion gebe es unterschiedliche Haltungen. Er hält die Planungen grundsätzlich für gut, da der Bedarf bei den Vereinen gegeben sei. Die Migrantenvereine brauchen ebenso einen Platz. Er warnt davor, die Umkleide von einem Verein errichten zu lassen und vermutet Schwierigkeiten bei der Vergabe von Nutzungseinheiten. Dies solle von der Verwaltung geregelt werden. Auch eine weitere Beratung im Bildungs- und Sozialausschuss wäre sinnvoll. Er fordert die Einholung einer Stellungnahme des Stadtverbandes für Sport. Dringend benötigt werden zudem zusätzliche Stellplätze.

18 Pkw-Stellplätze aus dem Bestand als Stellplatznachweis anzugeben, halte seine Fraktion für unzureichend, meint Stadtrat **Raasch**. Er fragt, ob die Kosten für die Flutlichtmasten eingepreist seien.

Stadträtin **Liepins** beanstandet die Salomitaktik. Die Tennisplätze seien schon gemacht und der Beschluss zur Skateranlage werde verschoben. Ihr fehle der Überblick und die jeweilige Notwendigkeit sowie die Höhe der Gesamtkosten.

Man wolle nichts verzögern, aber die Maßnahme genau bearbeitet haben, merkt Stadtrat **Herrmann** an. Er stellt den Antrag heute nicht über die Vorlage abzustimmen.

BM **Manni** lässt über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Knecht
Stadträtin Seyfang
Stadtrat Zeltwanger

Eine heutige Abstimmung über die Vorlage findet somit nicht statt.

Der Sportpark Ost solle Stück für Stück umgesetzt werden und diese Vorgehensweise habe man mit dem Gremium einst vereinbart, so die **Leiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen und verweist auf die Vorlage 186/22. Die Kosten für die Flutlichtmasten seien eingerechnet. Eine

| | | |
|----------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------|
| TOP 8.1 | Fuchshof - Neuordnung und Entwicklung der Sportflächen im Sportpark Ost - Entwurfs- und Baubeschluss Großspielfeld Sportpark Ost | Vorl.Nr. 137/23 |
|----------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------|

Übersicht werde künftig der Vorlage als Anlage angehängt.

BM **Manni** nimmt die Fragen zur Anzahl der baurechtlich notwendigen Stellplätze, die Anforderung einer Stellungnahme des Stadtverbandes für Sport sowie die Klärung einer weiteren Beratung im Bildungs- und Sozialausschuss zur Klärung mit.

| | | |
|----------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------|
| TOP 8.2 | Fuchshof - Neuordnung und Entwicklung der Sportflächen im Sportpark Ost - Neubau Skatepark Ost / Vergabe von Planungsleistungen | Vorl.Nr. 133/23 |
|----------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------|

Beratungsverlauf:

Vor Eintritt in die Tagesordnung setzt BM **Manni** diesen Tagesordnungspunkt ab.

BM **Manni** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.